Nummer 23 — Berlin, 4. Juni 1910 — 20. Jahrgang

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mk., unter Kreuzband 2,70 Mk.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schicklerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Kolonelzeile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Unterstützt die ausgesperrten Bauarbeiter!

Der diesjährige Verbandstag.

Es dürfte die weitesten Kreise der Mitglieder befremden, daß zu dem diesjährigen Verbandstag niemand das Wort in unserer Zeitung zu Vorschlägen nahm, auch nicht zur Kritik der Anträge, nachdem diese veröffentlicht waren. Eine einzige Stimme meldete sich zu guter Letzt mit der Warnung, bei der Unzahl Anträge auf Mehrausgaben nicht auch die Einnahmen zu vergessen. Und in der Tat ist diese Warnung mehr als berechtigt, und bieten die vorliegenden Anträge Grund zur Kritik mehr als übergenug. Den Mitgliedern muß ja selbst Angst geworden sein angesichts der Zumutungen, die man an die Verbandskasse stellte, möglicherweise sind sie deshalb sprachlos geworden. Einige wenige Zahlstellen haben ja auch an die Einnahmen gedacht; die übergroße Zahl hatte aber nur Sinn für höhere Ausgaben. Wenn diese Anträge alle verwirklicht werden sollten, wäre tatsächlich Ursache vorhanden, sich baldigst nach einer Anleihequelle umzusehen, denn die Verbandsmittel würden bald aufgebraucht sein.

Wir haben nicht die Absicht, auf alle diese Anträge einzugehen, aber das eine muß gesagt werden: die Situation, in der sich die organisierte Arbeiterschaft im allgemeinen und wir uns im besonderen befinden, die sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze, müssen die Kollegen insgesamt zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß es ein mehr als gefährliches Beginnen ist, irgendwelche Maßnahmen zu treffen oder zu propagieren, die auf eine finanzielle Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation hinauslaufen. Im Gegenteil haben alle Organisationen, und wir um so mehr, die Pflicht, das Pulver trocken zu halten und mehr Munition herbeizuschaffen. Daran darf auch unser Verbandstag nicht achtlos vorübergehen, wenn er sich nicht dem vielleicht allzubald zu erhebenden Vorwurf aussetzen will, daß er seine Zeit nicht begriffen hat.

Wir sehen jetzt den gewaltigen Kampf im Baugewerbe sich abspielen. Es ist ein Angriffskampf einer gut organisierten Unternehmerorganisation. Die in schweren Kämpfen erworbenen Rechte der Arbeiter will man ihnen wieder nehmen; durch die Bedingungen, die der Unternehmerverband erzwingen will, beabsichtigt er für lange Zeit Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu verhindern, die Arbeiterorganisation möglichst einflußlos zu machen und die Bauarbeiter in ein Hörigkeitsverhältnis zurück zu bringen. Und was diesen Kampf besonders beachtenswert für die gesamte organisierte Arbeiterschaft macht, ist der Umstand, daß der eigentliche Dirigent dieses Angriffskampfes die Arbeitgeberorganisationszentrale ist, in der die Scharfmacher dominieren, denen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisationen im Lohn- und Arbeitsverhältnis schon seit jeher ein Greuel ist und die ihr Herrenprinzip durch den zunehmenden Einfluß der Arbeiterorganisationen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedroht sehen. Diesem Kampf hat die gesamte organisierte Arbeiterschaft die größte Beachtung zu schenken, denn bei diesem Versuch, eine Arbeiterorganisation niederzuzwingen, wird es nicht bleiben, selbst wenn, was wir hoffen, dieser Versuch mißlingt. Der Versuch wird sich anderswo wiederholen, und ein Vorspiel davon haben wir ja auch schon bei uns.

Der unscheinbare Kampf in Flensburg bedarf der besonderen Beachtung. Es ist ein Kampf der Scharfmacher gegen die Organisation und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, provoziert und geleitet vom Arbeitgeberverband in Schleswig-Holstein. Die Brauereien haben sich ihm angeschlossen lediglich zu diesem Zweck; sie haben sich des Verfügungsrechtes über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen begeben und an die Scharfmacher übertragen, in deren Schlepptau sie recht gern segeln. Der Arbeitgeberverband will diktieren, wie die Verhältnisse in den Brauereien in Zukunft beschaffen sein sollen. Dieser Kampf wird scheinbar sehr langwierig werden, denn das Mitbestimmungsrecht lassen wir uns nicht mehr nehmen, koste es, was es wolle. Aber diesem Kampf werden weitere aus den gleichen Gründen folgen, denn in einer ganzen Anzahl Orte, namentlich in Norddeutschland, sind die Brauereiunternehmer den ausgesprochenen Scharfmacherverbänden angeschlossen. Wenn man uns damit auch nicht bange machen kann, so haben wir doch mehr als wahrscheinlich heftige Kämpfe zu erwarten, die wir nicht umgehen können, und dazu müssen wir uns vorbereiten.

Weiter ist zu erinnern an die Vorgänge in Rheinland-Westfalen. Hier sitzt das Scharfmachertum im Baugewerbe, und der rheinisch-westfälische Boykottschutzverband hat uns hinlänglich Proben seines Willens gegeben. Durch die Aussperrung im Jahre 1905 wollte er das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Lohn- und Arbeitsverhältnis, das sich die Brauereiarbeiter an einer Anzahl Orte bereits erkämpft hatten, über Bord werfen. Es ist ihm nicht geglückt. Die Organisation der Arbeiter, die man tot zu machen glaubte, ist kräftiger geworden wie zuvor, die Tarifverträge in dem Gebiet haben an Ausdehnung gewonnen. Aber die Schwierigkeiten, die der rheinisch-westfälische Boykottschutzverband in jedem Falle machte, sind auch bekannt. Und nicht ohne Absicht hat er mit aller Energie darauf hingewirkt, daß sämtliche Tarifverträge in dem ganzen Gebiet zu einem Zeitpunkt ablaufen, und zwar zum September dieses Jahres. Es ist also sehr leicht möglich, daß wir in diesem Jahre in Rheinland-Westfalen einen umfangreichen Kampf zu bestehen haben werden, sofern der rheinisch-westfälische Boykottschutzverband seine früheren Ansichten nicht erheblich revidiert hat. Und dazu liegen recht wenig Anzeichen vor. Und wenn nicht über prinzipielle Fragen, so kann ein Kampf notwendig werden wegen zu geringen Entgegenkommens der Unternehmer, die sich wohl recht stark fühlen werden in Anbetracht der Umstände. Wir fürchten dieses nicht, aber rüsten müssen wir uns.

Auch sonst sind noch nicht alle Lohnbewegungen in diesem Jahre über den Berg, und wir können noch Ueberraschungen erleben. Aber was am wenigsten außer acht gelassen werden darf, ist die Tatsache, daß die Kämpfe immer kostspieliger werden und die Organisation der Unternehmer immer mehr an Ausbreitung gewinnt. Sie ist bereits über die Landesgrenze hinaus. Dem müssen und können wir gewachsen sein, aber dazu gehören die notwendigen Mittel. Es ist eine schöne Illusion, wenn man glaubt, diese wären schon so überreichlich vorhanden, daß wir nun mit aller Gewalt auf eine Reduzierung unseres Kriegsfonds durch allerlei Erhöhung und Erweiterung der Unterstützungen hinarbeiten müssen. Diesem schönen Traume könnte recht vorzeitig ein böses Erwachen folgen. Unsere Finanzen sind in den letzten zwei Jahren nur deshalb einigermaßen geordnete geworden, weil wir so gut wie gar keine Kämpfe zu bestehen hatten. Diese Zeit ist jedenfalls vorüber, und für die in nächster Zukunft zu erwartenden Kämpfe brauchen wir mehr Mittel, wollen wir uns aus der erkämpften Position nicht hinauswerfen lassen und auch fürderhin die Interessen der gesamten Kollegen wirksam vertreten. Die Arbeitslosenunterstützung ist reformbedürftig, das wird wohl allgemein anerkannt werden. Aber für jede laufende erhöhte Ausgabe muß auch mindestens die gleichlaufende Einnahme geschaffen werden, und noch darüber hinaus.

Das werden die Delegierten begreifen!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Wenn diese Zeilen unseren Lesern zu Gesicht kommen, mag schon über den gewaltigsten Kampf und seine Beilegung, über die Aussperrung im Bauberuf, endgültig entschieden sein. Zur Zeit der Niederschrift finden im Reichstagsgebäude Einigungsverhandlungen statt, von denen man im Augenblick nicht wissen kann, wie sie ausfallen werden. Seit unserer letzten Rundschau haben sich die Aussichten der beteiligten Arbeiterorganisationen nur verbessert. Eine ganze Reihe von Orten hat mit den Arbeitern Frieden geschlossen. Die Stimmung weiter Kreise der Arbeitgeber des Bauberufes drängt auf eine Verständigung. Die angestrengten Bemühungen der Oberscharfmacher, neue Tarifabschlüsse zu verhindern, haben wenig fruchtbaren Boden gefunden. Die wirtschaftliche Schädigung, welche durch einen solchen gewaltigen Kampf entsteht, wurde von den meisten Arbeitgebern nicht genügend bedacht. Die Presse bringt denn auch täglich Berichte von Versammlungen der Unternehmer, wo diese in offener Weise gegen den Terrorismus des Arbeitgeberbundes rebellieren. Insbesondere scheinen die Kölner und die westfälischen Unternehmer des Kampfes und der Machenschaften des Bundes überdrüssig zu sein. In einigen Orten hat man kurzerhand die Aussperrung aufgehoben und weiterarbeiten lassen, so daß sich die Zahl der Ausgesperrten für einzelne Berufsgruppen wesentlich verringerte. Vornehmlich hat die Materialsperre das Gegenteil von dem erzeugt, was der Arbeitgeberbund davon erhoffte. In dieser Erkenntnis verfallen einzelne Unternehmergruppen auf die sonderbarsten Pläne. So faßte man in Uelzen den Beschluß, den Bundesvorstand zu ersuchen, eine Generalsperre der Materialien für das ganze Reich zu verhängen; leichter gesagt, wie getan. Wir konnten schon in unserer letzten Rundschau darauf verweisen, daß die versprochenen Unterstützungen der vielen Millionen durch den Bund der Industriellen eine Fata Morgana war. Dieses wird jetzt durch nähere Mitteilungen des „Vorwärts" vom 24. Mai vollauf bestätigt. Angeblich sollten 5 Millionen zur Verfügung stehen, doch der kreisende Berg gebar ein Mäuslein: Ganze 130000 Mk. waren disponibel, wovon noch 30 000 Mk. zur Agitation verwendet werden sollten. Die Auszahlung der übrigen 100 000 Mk. sollte nur an ganz bedürftige Firmen und unter besonders erschwerten Bedingungen vor sich gehen. So verpufft eine Seifenblase der Unternehmer nach der anderen. Wir haben nicht nötig, die Kehrseite der Medaille des näheren zu beleuchten. Es wäre nur zu wünschen, daß bei allen übrigen Kämpfen der deutschen Arbeiterschaft diese Ruhe und Disziplin gewahrt würde; alles vollzieht sich nach selbstgeschaffenen Gesetzen. Wie erbärmlich nehmen sich dagegen die hohen Konventionalstrafen der Unternehmer aus, die nach einem jetzt in Hannover gefällten Urteil gar keinen Wert besitzen. Daß den Scharfmachern im Baugewerbe diese zurzeit schwebenden Verhandlungen nicht angenehm sind, zeigt die im voraus schon geübte abfällige Kritik der eventuellen Verhandlungen. Um die Stellung der im Kampfe sich befindenden Gewerkschaften zu erschüttern, hat man in unverfrorener Weise die Mär verbreitet, daß die Arbeiterorganisationen die Regierung um Aufnahme der Verhandlungen ersucht hätten. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen sind die durch die Unternehmerpresse in Umlauf gesetzten Gerüchte purer Schwindel; die Verhandlungen werden dieses bestätigen. Jeder aufrichtige Mensch wird den Wunsch haben, daß dieser, so tief in das Erwerbsleben aller Berufe und Abertausender von Familien einschneidende Kampf bald beendigt s... Kommt aber eine Einigung nicht zustande, so steht für uns heut schon fest, daß es nicht die Schuld der Arbeiter ist. Rücken die Scharfmacher nicht erheblich von ihrem bisherigen Standpunkte ab, so geht der Kampf weiter. Daß den kämpfenden Bauarbeitern die Sympathie der deutschen Arbeiter gewiß ist, haben die Verbandstage der in den letzten Wochen tagenden Organisationen bewiesen. Die Mitglieder dieser Verbände werden nicht hinter diesen Erklärungen zurückbleiben wollen.

Kaum zeigen sich im Baugewerbe Anzeichen von einem baldigen Frieden, so ziehen im Westen schon wieder neue Wolken auf, die wiederum Tausende von Arbeitern mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit bedrohen. Den Ausgangspunkt dieser Differenzen bildet ein kleiner Streik in Bielefeld bei Dürkopp, den die Unternehmer zum Anlaß nehmen, eine Aussperrung über alle Betriebe zu verhängen, die dem Arbeitgeberbund angeschlossen sind. Bis zum 14. Juni soll die Aussperrung perfekt sein, falls nicht bis dahin eine Einigung stattgefunden hat. Ob die Pläne dieser Eisenritter in Erfüllung gehen werden, scheint uns allerdings fraglich. Am 30. Mai sollten die zunächst beteiligten Abteilungen des Werks als erste Opfer ausgesperrt werden.

In den letzten Wochen, vornehmlich aber in den Pfingsttagen, haben eine große Anzahl von Gewerkschaften ihre Verbandstage abgehalten. Wir verwiesen schon in der letzten Rundschau auf die große Bedeutung des Zusammenschlusses der Organisationen aller im Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande tätigen Arbeiter. Diese Fusion ist jetzt zur Tatsache geworden und umfaßt die am 1. Juli d. J. in Kraft tretende Organisation nach den Rechnungsabschlüssen vom Jahresschluß 130 000 Mitglieder. Abgesehen davon, daß diese Verschmelzung der drei in Frage stehenden Organisationen (Transportarbeiter, Hafenarbeiter, Seeleute) eine Stärkung der wirtschaftlichen Macht darstellt, sind dadurch eine Menge Grenzstreitigkeiten, welche sehr oft die verschiedensten Kongresse beschäftigten, beseitigt. Die Beiträge der neuen Organisation sind klassifiziert in der Höhe von 25 Pf. aufwärts bis zu 50 Pf.

Der Verband der Töpfer, welcher in der letzten Woche tagte, hat gleichfalls Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt, wonach die Bildung eines Keramarbeiterverbandes nunmehr in nahe Wirklichkeit gerückt ist. Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer sollen in Zukunft die Träger der gedachten Organisation sein. Ob die industrielle Entwickelung diese Fusion bedingt, oder ob diese Beschlüsse mehr unter dem Eindruck der allgemeinen Verschmelzungsmanie stehen, entzieht sich unserer Beurteilung. Sicher ist, daß im Augenblick der Gedanke, große leistungsfähige Organisationen zu schaffen, die großen Massen beherrscht. Aus diesem Grunde ist auch die Strömung erklärlich, die sich auf dem Verbandstage der Töpfer für den Anschluß an den vor einigen Monaten beschlossenen Bauarbeiterverband aussprach. Allzu große Breitenseiten zu schaffen, kann schließlich nicht im Interesse einer Organisation liegen, welche auf den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder angewiesen ist. Daher mag der jetzt geplanten Fusion der Vorzug zu geben sein.

Registrieren wollen wir noch den Verbandstag der Mühlenarbeiter, dessen Beschlüsse in den nächsten Tagen in unseren Kreisen eine eingehende Würdigung finden werden. Die Tagesordnung des Verbandstages der Gastwirtsgehilfen hat sicherlich die Aufmerksamkeit weiter Kreise der gewerkschaftlichen Arbeiter erweckt. Die Lage dieser Arbeiterschichten ist eine so eigenartige, daß die Mittel zur Verbesserung der Lebenshaltung auf einem ganz anderen Gebiete liegen als bei den meisten der übrigen Gewerkschaften. Das Trinkgeldwesen, die Stellenvermittelungsplage, der Kost- und Logiszwang sowie die fast ununterbrochene Betriebsweise stellen diese Berufsschichten auf ein Niveau, daß kaum noch tiefer zu gestalten geht. Um so erfreulicher ist es, wenn der Verbandsvorstand auf der Generalversammlung eine gute Mitgliederzunahme konstatieren durfte. Vor allen Dingen ist der Anschluß der Hoteldiener, der bereits im vorigen Jahre erfolgte, als eine Zusammenfassung der Kräfte zu begrüßen. Leider ist aber die Zersplitterung unter den Kellnern selbst in allen möglichen und unmöglichen Vereinen noch zu groß, um von einer Einheitsorganisation im Gastwirtsgewerbe sprechen zu können. Bemerkenswert war auch die Resolution, welche in bezug auf die Gewerkschaftshäuser und die dort Angestellten gefaßt wurde, wonach die Betriebsweise dieser Institutionen zwar vorbildlich sein sollen, übermäßige Forderungen aber zu unterbleiben haben, um die Rentabilität nicht zu gefährden. Ein ähnliches Milieu zeigten die Verhandlungen der Verbandstage der Friseure und der Musiker, beides Organisationen, die zu einem großen Teile auf die Mithilfe der übrigen Arbeiterschaft angewiesen sind. Beide Verbände müssen sowie die Gastwirtsgehilfen außergewöhnliche Mittel in den Dienst der Organisation stellen. Wir sehen hier die Frage des Boykotts, der Stellenvermittelung und ähnliche Materien im Vordergrund der Beratungen stehen. Erfreulicherweise ist zu verzeichnen, daß in allen diesen Organisationen der Wille vorhanden ist, vor allen Dingen selbst eine Macht darstellen zu wollen und daß die Mithilfe der übrigen Organisationen erst in zweiter Stelle gefordert wird. Mit außerordentlichen Schwierigkeiten hat auch die Organisation der Handlungsgehilfen zu kämpfen. Die Zersplitterung der in diesem Gewerbe beschäftigten Personen ist eine ungeheure. Und doch gibt es fast kein schlechter gestelltes Proletariat als im Kaufmannsstande. Der letzte Verbandstag, der zu Pfingsten in Hamburg tagte, erörterte in eingehender Weise die Mittel, um diese Klasse der Arbeiter und Arbeiterinnen vor der gänzlichen Degeneration zu bewahren. Insbesondere wird hier die Gesetzgebung in reichlichem Maße zu tun finden. Die Verschmelzungsfrage fand auch hier eine Stätte und sind die Lagerhalter und Bureauarbeiter zu nennen, die bei einer eventuellen Fusion in Frage kämen.

Ferner tagten noch die Steinarbeiter und Schmiede, bei denen auch die Verschmelzungsfrage eine große Rolle spielte. Auf die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden wir noch zurückkommen.

So herrschte in den letzten Wochen ein reges gewerkschaftliches Leben, und allem Anschein nach wird auch in den nächsten Wochen der Ausbau einer Reihe anderer Organisationen im Vordergrunde unserer Betrachtungen zu stehen haben.

Zum Verbandstag.

In seiner Replik gegen die Ausführungen des Kollegen Krämer-Nürnberg zur Verschmelzungsfrage beruft sich Kollege Hodapp-Berlin auf eine Auskunft, welche ich ihm auf eine Anfrage wegen der Urabstimmung gegeben habe. Die Wiedergabe meiner Antwort ist soweit richtig, als ich erklärte, daß die Urabstimmung nicht auf Grund des Antrages Karlsruhe erfolge. Das war meines Erachtens gar nicht möglich, weil dieser Antrag ausschließlich auf die, auf dem Münchener Verbandstag zur Tagesordnung stehenden Verschmelzung zu einem allgemeinen Industrieverband der Lebens- und Genußmittelarbeiter, Bezug hatte.

Auf irgendwelche Verschmelzungsbestrebungen anderer Art hatte deshalb der beschlossene Antrag keine Anwendung zu finden.

Wenn ich von Karlsruhe aus recht informiert bin, dann ist den Karlsruher Kollegen gar nicht eingefallen, daß ihr Antrag anders verstanden werden sollte. Der Antrag Berlin hat also mit dem auf dem Münchener Verbandstag angenommenen Antrag 134 gar nichts zu tun. Es ist vielmehr ein ganz neuer Antrag, welcher etwas ganz anderes bezweckt, als der Antrag Karlsruhe. Der Berliner Antrag soll aber auch ganz anders ausgelegt werden, wie meines Wissens die Karlsruher Antragsteller den ihrigen ausgelegt wissen wollten. Freilich ist das den Delegierten auf dem Münchener Verbandstag gar nicht klar geworden, weil über den Karlsruher Antrag aber auch gar nichts gesprochen wurde, man ihm vielmehr unbesehen zustimmte. So läßt sich heute über den Sinn der Worte leicht streiten, ohne daß man jemandem nachweisen könnte, daß seine Auffassung eine irrige sei.

Auch bezüglich der Frage der Zweidrittelmajorität haben meines Wissens die Karlsruher Antragsteller eine ganz andere Ansicht, als Kollege Hodapp. Man sagte mir dort, daß selbstverständlich nur eine Zweidrittelmajorität der abstimmenden Mitglieder in Frage kommen könne. Da in Antrag 134 die Rede von einer Urabstimmung ist, kann man zu dieser Auffassung in der Tat mindestens mit demselben Recht kommen, wie Kollege Hodapp zu der seinen, wonach eine Zweidrittelmajorität der Gesamtmitglieder gemeint sein soll. Jede, auch die wichtigste Sache würde durch eine solche Bedingung für eine Urabstimmung von vornherein illusorisch gemacht. Wer nur halbwegs Einblick in die Urabstimmungsresultate der verschiedensten Verbände hat, der weiß, daß das Verlangen einer Zweidrittelmajorität der Gesamtmitgliedschaft durch Urabstimmung für irgendeine Sache, und wenn es sich selbst um Sein oder Nichtsein handelte, nach dem heutigen Stand der gewerkschaftlichen Ausbildung die Guillotinierung jeden Antrags bedeuten würde. Ausnahmslos müssen nämlich alle Verbände noch eine langjährige gewerkschaftliche Erziehungsarbeit leisten, ehe es ihnen gelingen wird, regelmäßig mindestens zwei Drittel ihrer Gesamtmitglieder überhaupt an die Abstimmungsurne zu bringen, geschweige denn, daß es jemals gelänge, eine Zweidrittelmajorität der Gesamtmitgliedschaft durch eine Urabstimmung zu erhalten. Haben sich doch beispielsweise bei der letzten Urabstimmung des sicherlich gut geschulten Holzarbeiterverbandes über die gewiß nicht gleichgültige Frage einer dauernden Beitragserhöhung, einer Sache, welche die Mitglieder am leichtesten auf die Beine bringt, nur knapp 55 Proz. der Mitglieder beteiligt. Kollege Hodapp kennt diese Tatsachen und kennt deshalb auch die unausbleiblichen Folgen des Berliner Antrags, wenn er so aufgefaßt wird, wie Kollege Hodapp ihn aufgefaßt wissen will. Aber ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß, weil er die Folgen des Antrages kennt, dieser gerade um solcher Folgen willen gestellt wurde: Die durch die Urabstimmung zweifelsohne zum Ausdruck gebrachte Willensäußerung der Majorität der Abstimmenden würde damit einfach annulliert werden. Es gibt bekanntlich in unserem Verband konsequente Gegner von Beitragserhöhungen. Wenn sie ein für allemal Ruhe davor haben wollen, dann brauchen sie nur einen Antrag zur Annahme bringen, der bestimmt, daß Beitragserhöhung nur durch Urabstimmung mit Zweidrittelmajorität der Gesamtmitgliedschaft beschlossen werden kann! Jegliche Majorität wird durch Annahme eines solchen Antrags rettungslos dem Willen irgendeiner Minorität unterworfen. Die Spuren sollten schrecken!

Ich habe Kollegen Hodapp in meiner Antwort auch erklärt, daß die Urabstimmung sich auch nicht eigentlich mit dem § 52 des Statuts decken würde. Ob dazu die Vorbedingungen fehlten, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Aber in dieser außergewöhnlichen Frage, vor die wir gestellt wurden, um sie entweder zu ignorieren oder sich baldigst darüber zu entscheiden, sollten die sonst unmittelbaren Wirkungen einer Urabstimmung vermieden werden. Eine Urabstimmung im strikten Sinne des Statuts bedingt als Resultat einen gültigen Beschluß, der ohne Befragen des Verbandstages in Wirksamkeit gesetzt werden könnte. Ueber die so wichtige Frage der Verschmelzung sollte aber trotz der Urabstimmung der Weg offen bleiben, daß der Verbandstag sich noch damit beschäftigen und sein endgültiges Votum abgeben konnte. In diesem Sinne erfolgte durch die Konferenz der Verbandsfunktionäre am 30. April 1909 der Auftrag an Hauptvorstand und Ausschuß und in diesem Sinne beschlossen diese Instanzen die Vornahme der Urabstimmung.

Kollege Hodapp irrt nun sehr stark, wenn er sagt, ich hätte erklärt, das Ergebnis der Urabstimmung solle ohne Einfluß auf die Entscheidung der Verschmelzungsfrage sein. Wenn ich sie so aufgefaßt hätte, so wäre es das nächstliegende gewesen, die Arbeit und Kosten der Abstimmung zu sparen. Daß sie aber stattfand, beweist, daß Kollege Hodapp meine Erklärung nicht richtig verstanden, oder nicht richtig aufgefaßt hat. Ich sagte ihm, daß die Urabstimmung den Zweck habe, die Meinung der Mitglieder zu erforschen und daß dann der Verbandstag die endgültige Entscheidung treffen müsse. Daß dieser aber an dem Ergebnis der Urabstimmung nicht achtlos vorübergehen kann, ist eine ganz selbstverständliche Sache, und die Delegierten des Berliner Verbandstages können und werden es schon aus Achtung vor der Willensäußerung der Teilnehmer an der Urabstimmung nicht tun. Kollege Hodapp hat offenbar diesen Teil unserer Aussprache nicht richtig aufgefaßt, denn stets war ich der Meinung, daß die Urabstimmung notwendig war, um durch ihr Resultat, wie es auch sein möge, dem Verbandstag als Richtlinie für seine Beschlüsse zur Verschmelzungsfrage zu dienen.

M. Etzel.

* * *

Nachdem der Verbandstag schon vor der Türe steht und derselbe zweifellos — ohne die üblichen Schlagworte zu berücksichtigen — von einschneidender Bedeutung für unsere zukünftige Entwickelung sein wird, haben sich bis jetzt auffallenderweise wenig Stimmen erhoben, um dazu in unserem Organ Stellung zu nehmen. Nun haben aber noch kurz vor Torresschluß die Ausführungen des Kollegen Krämer-Nürnberg über den geplanten Anschluß der Mühlenarbeiter an unseren Verband in Berlin eine Aufregung hervorgerufen, die nicht am Platze ist. In erster Linie ist diese Frage etwas ganz anderes als die Verschmelzung, welche in München behandelt wurde. Dort drehte sich der Streit um die Gründung eines Verbandes der ganzen Nahrungs- und Genußmittelindustrie und sollten auf einen einzigen Akt die Brauerei- und Mühlenarbeiter, die Bäcker und Metzger zusammengeschlossen werden. Jetzt haben wir es nur mit den Müllern allein zu tun und ist die Sachlage demgemäß zu beurteilen. Kollege Hodapp beruft sich nun hartnäckig auf den angenommenen Antrag 134 (Karlsruhe). Dieses ist verdächtig und ich behaupte, daß dies nicht aus Liebe zum Antrag 134 geschieht, sondern weil die Gegner jeglicher Verschmelzung glauben, daß dabei für sie noch etwas gerettet werden kann. Die Teilnehmer des Verbandstages in München werden sich erinnern können, daß es der Vorsitzende Hodapp war, welcher diesen Antrag zur Abstimmung gar nicht mehr zulassen wollte, mit dem Hinweis auf die angenommene Resolution Wittich. Es kommt auch gar nicht mehr auf das Prinzip an, denn die Berliner haben ja einen ähnlichen Antrag gestellt, sondern der Streit dreht sich jetzt mehr um die Definierung des Antrages Karlsruhe, und dabei leistet sich Kollege Hodapp so Großartiges, daß man ihn ruhig neben jenen Juristen stellen kann, welcher sagte: „Gib mir ein Blatt Papier und ich bringe dich auf den Galgen!" Die Zweidrittelmehrheit, welche im Karlsruher Antrage verlangt wird, soll sich doch auf eine Zweidrittelmehrheit der abstimmenden Mitglieder beziehen. Eine andere Auslegung ist doch gar nicht denkbar, wenn man nicht tatsächlich Eulen nach Athen tragen wollte. Es ist doch eine alte Erfahrung, daß niemals alle Mitglieder zur Wahl oder Abstimmung zu bringen sind. Außerdem hat niemand das Recht, über die Meinung der Nichtwähler zu verfügen und können diese daher weder als Freunde noch Gegner der Verschmelzung gebucht werden. In der Praxis könnte eine solche Auslegung wohl überhaupt nicht angewandt werden. Bis eine Zweidrittelmehrheit sämtlicher Mitglieder zustande kommt, müßten wir schließlich 20 Wahlgänge vornehmen, ebenso viele die Müller, die Bäcker und die Metzger usw. Wieviel hundert Jahre Zeit dazu nötig sein würden, getraue ich mir gar nicht auszumalen. Jedenfalls wären die Berliner auf geraume Zeit vor einer Verschmelzung bewahrt. Sie sind auch deswegen nicht berechtigt, dem Antrag 134 eine solche Auslegung zu geben, da sie ihn gar nicht ausführen können, denn bei der letzten Abstimmung haben sich dort von 4150 Mitgliedern nur 1582 beteiligt, das ist etwas mehr als ein Drittel.

Nun wird man uns sagen: „Diese Auslegung ist aus dem Wortlaut des Antrages 134 zu entnehmen." Gewiß ist dies richtig, aber es ist in München auch niemand eingefallen, daß man aus dem Antrag etwas konstruieren könnte, was in der Praxis nicht anwendbar ist. Es ist deshalb wirklich nicht schön, den Kollegen Krämer so hart anzulassen. Die Mehrheit der Mitglieder wird zweifellos auf dem Standpunkt des Kollegen Krämer stehen in bezug auf Auslegung und Anwendung des Karlsruher Antrages. Es ist deshalb gut, daß die Berliner einen diesbezüglichen Antrag eingebracht haben; vielleicht gelingt es, dieselben von der Undurchführbarkeit ihres Antrages zu überzeugen — vielleicht auch nicht.

Die Auslassungen des Kollegen Hodapp, welches die Beweggründe gewesen sind, daß die Mühlenarbeiter für den Anschluß an unseren Verband votierten, halte ich für sehr deplaziert. Jedenfalls sind sie von ehrlicher gewerkschaftlicher Ueberzeugung getragen und nicht von Motiven, wie man sie ihnen unterschiebt. Ich konstatiere also nochmals, daß es uns bei Einbringung unseres Antrages 1908 nicht im entferntesten darum zu tun war, demselben eine solche Definition zu geben, daß zwei Drittel der Mitglieder maßgebend sein sollen, sondern zwei Drittel der Abstimmenden. Ich hoffe, daß der Verbandstag 1910 dieser Auffassung vollinhaltlich beitreten wird, um der Wortklauberei ein Ende zu machen.

S. Hiltz-Karlsruhe.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zuzug ist fernzuhalten nach Flensburg (Brauereien), Andernach (Mittelrheinische Brauerei), Oldenburg (Brauerei Hoyer), Dingolfing (Brauerei Erlmeier), Grabenstädt (Brauerei), Hamburg (Bier-Niederlage Nölling), Tirol und Vorarlberg.

Brauereien.

† **Bad Tölz. Tarifvertragserneuerung.** Ein neuer Vertrag wurde mit der Schafftler-Brauerei vereinbart. Die hierdurch erzielten Verbesserungen sind Arbeitszeitverkürzung pro Tag um ¼ Stunde, Lohnerhöhungen 1,50 und 2 Mk. pro Woche, Erhöhung der Ueberstundensätze um 10 Pf. Die Sonntagsjour wird mit 2 Mk. extra entschädigt. Der Urlaub, wobei ein Lohnabzug nicht gemacht wird, beträgt 3 und 6 Tage.

† **Berlin.** Am 29. Mai tagten die Weißbierbrauereiarbeiter im Gewerkschaftshause, um den Bericht der Lohnkommission über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Die Zugeständnisse befriedigten nicht und wurde der Lohnkommission aufgegeben, noch in einer Anzahl Punkte Verbesserungen zu verlangen. So in bezug auf Arbeitszeit, Lohn, Stellung von Mitfahrern, tarifliche Regelung der Löhne des Flaschenpersonals, Verbot der Akkordarbeit und Bezahlung des weiblichen Personals in gleicher Höhe wie des männlichen. Zu den letzteren Forderungen gab besonders Veranlassung die Drohung des Herrn Willner, daß er Akkordarbeit einführen und weibliche Arbeitskräfte einstellen werde, wenn sich die Flaschenkellerarbeiter nicht mit den gegenwärtigen Verhältnissen zufrieden geben.

† **Bobingen bei Augsburg. Tarifvertrag.** Einen unerwartet raschen Erfolg haben die Kollegen der Brauerei Gebr. Deuringer mit Abschluß eines Tarifvertrages erzielt. Wenn wir auch nicht verkennen, daß die Herren Deuringer für berechtigte Wünsche ihrer Arbeiter Verständnis hatten, so hat doch ohne Zweifel die günstig verlaufene Lohnbewegung der Augsburger Brauereiarbeiter zur Beschleunigung dieses Tarifvertrages wesentlich beigetragen.

Als Verbesserungen sind zu verzeichnen: Täglich eine Verkürzung der Arbeitszeit von ¾ Stunden, wöchentlich 2 bis 3 Mk. Lohnerhöhung. Bezahlung für Ueberarbeit pro Stunde 50 Pf., für Jour 3 Mk., Gewährung von Urlaub ohne Lohnabzug 3 bis 5 Tage, Vergütung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bei Krankheit vom 1. bis zum 15. Tage, Vergütung bei militärischen Uebungen pro Tag 1 Mk. bis zu 30 Tagen. Für Wohnungsgeldzuschuß wird wöchentlich 1 Mk. bezahlt. Mögen die Kollegen besorgt sein, das Errungene hochzuhalten und ihren Pflichten der Organisation gegenüber jederzeit nachzukommen.

† **Dingolfing. Streik.** In der Brauerei Erlmeier haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt, weil Herr Erlmeier den versprochenen Lohn nicht bezahlt. Zuzug ist fernzuhalten.

† **Ebingen. Tarifvertrag.** Am 12. Mai kam der auf zwei Jahre geltende Tarifvertrag mit der Edinger Aktienbrauerei zur Unterzeichnung. Der neue Tarif bringt den Kollegen beachtenswerte Verbesserungen.

† **Hirschberg i. Schl. Tarifvertrag.** Mit der Brauerei Marquardt, hier, wurde ein Lohntarif vereinbart, welcher den Kollegen einige Mark wöchentliche Lohnerhöhung, Bezahlung der Ueberstunden, drei Tage Urlaub usw. brachte.

† **Lörrach. Tarifvertragserneuerung.** Die Errungenschaften des neuen mit der Brauerei Reitter vereinbarten Tarifvertrages sind folgende: Arbeitszeitverkürzung täglich ¼ Stunde. Lohnerhöhungen von 2 auf 3 Mk. pro Woche. Erhöhung der Ueberstundensätze um 5 Pf., derjenigen an Sonn- und Feiertagen um 10 Pf. Sonntagsjour wird um 1 Mk. erhöht. Die früher bereits gewährte Entschädigung bei militärischen Uebungen wird um 50 Pf. pro Tag erhöht. Beim Urlaub tritt eine Verlängerung um 1 und 2 Tage ein.

† **München. Tarifvertragserneuerung.** Mit der Weißbierbrauerei Schneider wurde ein neuer Vertrag vereinbart. Erzielt wurde dabei eine Verkürzung der Arbeitszeit für das Fahrpersonal um täglich ½ Stunde. Die Wochenlöhne erfahren eine Steigerung um 1,50 Mk. bis 2 Mk. Die Sätze für Ueberstunden steigen um 10 Pf. Nichtgetrunkenes Freibier wird mit 20 Pf. pro Liter vergütet. Verheiratete Arbeiter erhalten wöchentlich 2 Mk. Wohnungsgeld. Bierfahrer erhalten bei Touren während der Sonntagnachmittage 2,50 Mk. Extraentschädigung.

† **Osterode a. Harz. Tarifvertrag.** Mit der Bergbrauerei wurde ein auf zwei Jahre gültiger Tarifvertrag vereinbart. Die Arbeitszeit wird um 1 Stunde pro Tag gekürzt. Die Ueberstunden werden mit 40 Pf., Sonn- und Festtags mit 50 Pf. pro Stunde extra bezahlt. Die Sonntagsjour dagegen mit 3 Mk. Die Lohnerhöhungen betragen bis zu 2,50 Mk. pro Woche. Auch des Sonntags Bierfahren wird als Ueberarbeit extra entschädigt. Bei militärischen Uebungen wird 14 Tage lang der volle Lohn, bei Krankheitsfällen eben solange die Lohndifferenz gezahlt. Der Urlaub ohne Lohnkürzung beträgt 6 Arbeitstage. Fahrer erhalten täglich 1,50 Mk. Tourengeld, desgleichen Spesen in Höhe von 1,50 Mark und 2 Mk. Ein schöner Erfolg der Einheitsorganisation.

† **Radolfzell.** Mit dem auch hier wegen der Bierpreiserhöhung eingeleiteten Boykott beschäftigte sich eine überfüllte Volksversammlung am 8. Mai. Genosse Großhaus-Konstanz erstattete Bericht über das Vorgehen der Boykottkommissionen von Singen, Radolfzell und Konstanz und über die bisherigen Verhandlungen mit den Brauereien und Wirten. Unter den Bedingungen befand sich auch die Forderung: Anerkennung der Organisation der Brauereiarbeiter und tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechend den jetzigen Zeitverhältnissen. Kollege Holzfurtner erklärte namens der Brauereiarbeiter sein Einverständnis mit den aufgestellten Forderungen und unterzog auch das Verhalten der Sternenbrauerei Gottmadingen einer scharfen Kritik. Diese habe es bis heute fertig gebracht, den Vertretern der Brauereiarbeiter die Tür zu weisen, somit konnten auch dort noch keine besseren Verhältnisse geschaffen werden.

Am 13. Mai kam es dann zu einer Vereinbarung zwischen den Brauereien und der Boykottkommission, in der sich die Brauereien u. a. verpflichteten, auf der Grundlage des Tarifs in der Brauerei Bilger-Gottmadingen in eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugehen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Unterzeichnet haben die Brauereien: „Brauerei zur Sonne, A. Bilger Söhne" und „Brauerei zum Sternen, J. Graf, A.-G." in Gottmadingen und „Brauerei zur Hölle" in Radolfzell.

Die bisher organisationsfeindlichen Brauereien werden daraus die Lehre gezogen haben, daß ihr mittelalterlicher Standpunkt sich nicht mehr aufrechterhalten läßt. Für die Brauereiarbeiter in Konstanz, Radolfzell und Gottmadingen ist es nun aber Pflicht, sich dem Verband anzuschließen. Die Arbeiterschaft weiß, daß die Kollegen meist selbst schuld an den mißlichen Verhältnissen sind, deshalb nützet die Zeit, Kollegen, laßt diese Gelegenheit nicht wieder vorübergehen, ohne eure Pflicht in eurem Interesse zu tun. Agitiere ein jeder rastlos, um alle Kollegen für den Verband zu gewinnen, um zu jeder Zeit gerüstet zu sein. Und namentlich für die Kollegen der Sternenbrauerei ist es die höchste Zeit, sich endlich dem Verband anzuschließen, die den größten Nutzen von der ganzen Sache haben werden, wenn sie organisiert sind.

† **Sonneberg i. Th. Streik und Tarifvertrag.** Nach langwierigen Verhandlungen kam auch die hiesige Lohnbewegung durch Abschluß eines Tarifvertrages zum Ende. Bei den größeren Betrieben führten die Verhandlungen zu einem einigermaßen annehmbaren Resultat. Im Winter wird die Arbeitszeit für alle beschäftigten Personen um täglich ½ Stunde gekürzt. Die Lohnerhöhungen betragen 2 Mk. und 2,50 Mk. pro Woche. Desgleichen werden die Sätze für geleistete Sonntagsarbeit um 10 Pf. erhöht. Der Urlaub, wofür eine Lohnkürzung nicht eintritt, wird um einen Tag verlängert. Kesselreinigen wird mit je 2 Mk. und Person entschädigt.

Den Unzugänglichen kehrte der Brauereibesitzer Herr Förster heraus. Bei ihm kam es zum Streik. Die Folge einigen Zusammengehens der Kollegen war, daß auch Herr Förster den Tarif anerkennen mußte. Die dort tätigen Kollegen kommen hierdurch in den Genuß von folgenden Verbesserungen. Die Arbeitszeit im inneren Betrieb wird um zwei Stunden täglich verkürzt. Die Lohnsteigerungen betragen 1 Mk. bis zu 7 Mk. pro Woche. Neueingeführt wird die Extrabezahlung der Ueberarbeit an Wochentagen mit 50 Pf. sowie der Sonntagsarbeit mit 60 Pf. pro Stunde. Auch mußte Herr Förster sich dazu bequemen, die Fortzahlung des Lohnes bei militärischen Uebungen und bei Krankheitsfällen während der ersten 14 Tage bezw. drei Wochen sowie die Gewährung von Erholungsurlaub anzuerkennen.

† **Straubing.** Am 30. April d. Js. haben die Brauereiarbeiter Straubings einen Tarif eingereicht, dessen Forderungen im Verhältnis zur teuren Lebenshaltung sehr maßvoll sind. Die Vereinigung der Brauereibesitzer Straubings gab hierauf in einer Mitteilung an den Bezirksleiter Schrembs den Arbeitern bekannt, daß sie im Prinzip einem Tarifabschlusse mit den Arbeitern nicht ablehnend gegenüberstehen; die augenblickliche unsichere Lage im Gewerbe erlaube es aber nicht, zurzeit in nähere Verhandlungen einzutreten. Aus diesem Schreiben konnten die Arbeiter entnehmen, daß die Arbeitgeber bereit seien, mit ihnen über den Abschluß des Tarifs in friedlicher Weise zu verhandeln, und daß der Vorwand der jetzigen unsicheren Lage nur dazu dienen sollte, auf den ersten Blick nicht allzu freigebig zu erscheinen. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung, in der Kollege Schrembs die gegenwärtige Lage besprach, nahmen die Arbeiter zu dem Antwortschreiben der Brauereibesitzer Stellung. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Arbeiter alle die Gründe anführten, die sie veranlaßten, auf den Abschluß eines Tarifvertrages zur jetzigen Zeit zu bestehen. Weiter wurde noch ausgesprochen, falls die Arbeitgeber zur Verhandlung nicht bereit sind, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen; das Gewerkschaftskartell wurde mit den nötigen Schritten beauftragt. Die Resolution wurde mit ihrem Schreiben den Brauereibesitzern wieder zugestellt.

Die Antwort hat die Arbeiter aufs höchste enttäuscht. Es war in verblümter Form eine direkte Ablehnung jeder Verhandlung und somit auch jeder Forderung. Für jeden Eingeweihten steht es fest, daß es nur der Wind von Passau war, der die Wetterfahne so plötzlich gedreht hat. Solange die Brauereibesitzer von Straubing nach freiem Ermessen und ohne fremde Einmischung die Lage beurteilten, waren sie offenbar selbst der Ueberzeugung, daß es für sie zweckdienlich ist, zu verhandeln. Man hat die „beratende" Stimme des Kreisverbandes niederbayer. Brauereien gehört, an dessen Spitze ein zweiter Fellermeier steht, und jetzt ist jede Verständigung so gut wie ausgeschlossen. Den Arbeitern wurde mitgeteilt, daß die „Situation" sich noch erheblich verschlechtert habe und sie (die Brauereibesitzer) daher noch weniger in der Lage seien, in Verhandlungen einzutreten als zuvor. Die niederbayer. Brauereivereinigung gestattet den Brauereiarbeitern gnädigst die Koalitionsfreiheit; sobald die Arbeiter diese aber dazu benützen, ihre Lage zu verbessern, ist die Parole: Kampf bis aufs Messer! Die gleiche Vereinigung, die alle Hebel in Bewegung setzt, ihre Macht immer mehr und mehr auszubreiten, um dem Publikum den Bierpreis zu diktieren, den Bauern die Gerstenpreise und den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Darin gipfelt allem Anschein nach das Ideal der Stockbauer und Konsorten.

Trotzdem die Brauereiarbeiter durch die letzte Antwort der Brauereibesitzer geradezu vor den Kopf gestoßen wurden, haben sie den friedlichen Weg zur Verständigung nicht verlassen und nunmehr das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Es ist somit von seiten der Arbeiter alles geschehen, was geschehen konnte. Wollen die Besitzer eine Verständigung, so brauchen sie nur vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Wollen sie sie nicht, dann wird wohl auch in Straubing der Bierkrieg mit einer Heftigkeit entbrennen, der nichts zu wünschen übrig läßt. Ein Funken in das gefüllte Pulverfaß, und die Explosionswirkungen werden auch in der Stadt die gleichen sein wie auf dem Lande; das mögen die Brauereibesitzer bedenken.

Bier-Niederlagen.

† **Hirschberg i. Schl. Tarifvertrag.** Mit der Bierniederlage H. Thimmler-Liegnitz wurde ein Tarif vereinbart, durch welchen für die Kollegen eine Lohnerhöhung von 3,50 Mk. wöchentlich, für Kutscher außerdem Erhöhung der Zehrgelder um täglich 30 Pf., Einführung von Urlaub, Entschädigung bei Krankheit und militärischen Uebungen erzielt wurde.

Weitere Verhandlungen mit den übrigen Niederlagen sind noch im Gange; es steht zu erwarten, daß in Kürze sämtliche Brauereien und Niederlagen am Ort unter Lohntarif arbeiten. Dieses war nur durch eine geschlossene Organisation möglich.

Korrespondenzen.

Essen. Der unparteiische Herr Direktor Schneider. In der Versammlung am 8. Mai kamen wieder verschiedentliche Mißstände zur Sprache, namentlich solche in der Aktienbrauerei. Nicht nur allein, daß sie versucht, den bestehenden Tarifvertrag zu ihren Gunsten auszulegen, sondern auch die Behandlung organisierten Arbeitern gegenüber fordert den schärfsten Protest heraus. Die Einstellung der Arbeiter wird in der altbekannten Weise weiter getätigt; wer im Verdacht steht, organisiert zu sein, erhält keine Arbeit, trotzdem Arbeit vorhanden ist. Die Vermittlung geschieht trotz wiederholter Beschwerde in engster Verbindung mit dem vom Arbeitgeberbund jährlich mit 2000 Mark subventionierten gelben Bund deutscher Brauergesellen. Tüchtigkeit in der Arbeit spielt keine zu große Rolle, sondern Mitgliedschaft dieser Vereinigung ist Vorbedingung. Arbeitslose Kollegen erhalten keine Arbeit, aus allen Winkeln Deutschlands holt man die Leute aus festen Arbeits-

stellen heraus, nur in der Gewißheit, ein williges Ausbeutungsobjekt zu erhalten. Dem Direktor Schneider blieb es ja auch vorbehalten, diese auf den Aussterbeetat gesetzten gelben Gebilde durch Einstellung solcher Günstlinge neu zu beleben. Jeder unparteiisch handelnde Betriebsleiter würde sich dafür zu gut halten, einer Organisationsrichtung Vorschub zu leisten, über die in der denkenden Arbeiterschaft nur die eine Meinung der Mißachtung vorhanden ist. Man kann nicht annehmen, daß dies ganze Gebaren organisierten Arbeitern gegenüber aus Unkenntnis der ganzen Sachlage geschieht. Aus Herrn Schneiders Munde hat man es gehört, daß er erklärte, Leute, von denen er wisse, daß sie „Hetzer" seien, stelle er grundsätzlich nicht ein. Was versteht nun dieser Herr unter „Hetzer"? Alle diejenigen Arbeiter, die von ihrem Staatsbürgerrecht Gebrauch machen, sind in den Augen des Direktors Schneider Hetzer. Jeder Kollege, der nicht nur allein zahlendes, sondern auch tätig mitwirkendes Mitglied seiner Organisation sein will, ist ein Hetzer, und die Allgewalt des Herrn Schneider wird ihn ereilen; bei passender Gelegenheit wird er rücksichtslos auf das Straßenpflaster gesetzt. Bei den Gelben dagegen darf in der schlimmsten Art, ja manchmal unter Anwendung äußersten Terrorismus, Agitation betrieben werden. Das findet man ganz in der Ordnung, dabei denkt man nicht daran, diese Leute als „Hetzer" zu titulieren. Nebenbei bemerkt, ist Herr Schneider noch Ehrenmitglied dieser Vereinigung, ein Beweis, daß er einer anderen Richtung gegenüber nicht objektiv handeln kann.

Ein recht krasser Fall der Parteilichkeit ereignete sich vor einigen Tagen, worüber die organisierten Arbeiter der Aktienbrauerei sehr empört sind. Bei einer kleinen Jubiläumsfeier unter den Bierfahrern entstand unter zwei Bierfahrern, einem organisierten und einem unorganisierten ein Streit. Der Streit entstand durch fortgesetztes Hänseln und Provozieren seitens des Unorganisierten, was von den gesamten Anwesenden bezeugt wird. Dieses verbat sich der Organisierte und ließ dem Auchkollegen eine ordentliche Abfuhr zuteil werden. Diese Lektion hatte den Auchkollegen derart in Wut versetzt, daß er mehrmals mit einem Bierglas in der Hand den Organisierten aufforderte, mit ihm hinauszugehen. Dem wurde vernünftigerweise nicht Folge gegeben. Als geraume Zeit später der Organisierte den Heimweg antrat, wurde er auf dem Hofe mehrmals von dem raufluftigen Auchkollegen gestellt, worauf ihm dann eine wohlverdiente Ohrfeige zuteil wurde. Der Vorgang spielte sich nach Feierabend ab, wo doch niemand mehr unter die Kommandogewalt eines Brauereidespoten gestellt ist, schadet nichts, der Mann wurde einfach aufs Straßenpflaster geworfen. Nun hätte man geglaubt, daß die „unparteiische" Betriebsleitung der Aktienbrauerei, um korrekt zu verfahren, auch den Anstifter des ganzen Streites entlassen hätte, aber weit gefehlt, dieser Günstling wurde noch in Schutz genommen und als armer Mann bedauert. Alle Versuche der Organisation, die Direktion von ihrem einseitigen unkorrekten Vorgehen in dem vorliegenden Falle zu überzeugen, scheiterten an der Hartnäckigkeit des Herrn Schneider. Auch der Hinweis, daß hier nur ein Notwehrakt vorläge, wurde nicht anerkannt. Aber der Oeffentlichkeit soll es nicht vorenthalten bleiben. Der Expedient hat in einem unbedachten Augenblick ausgesprochen, daß er mit den Leistungen des entlassenen Bierfahrers zufrieden sei, nur seine Agitation, die er betrieben haben soll, sei unerträglich und könne man nicht dulden. Das ist der springende Punkt bei der Entlassung, der Mann hat agitiert, deshalb erfolgt die Strafe. Im übrigen noch eine Frage: Warum hat man dem Mann die 14 Tage Lohnentschädigung gezahlt? Damit hat man dokumentiert, daß der Mann zu Unrecht entlassen ist, für uns ist die Sache hiermit noch nicht erledigt.

In ähnlich vorkommenden Fällen, wo es sich um Bundesgesellen oder Indifferente handelt, wird nicht so verfahren. Seit gut einem halben Jahr haben sich in der Aktienbrauerei, ja sogar während der Arbeitszeit, Schlägereien zugetragen, wobei ein Arbeiter mit einer Eisenstange blutig geschlagen wurde, ohne daß sich die Direktion rührte. Fünf solcher Fälle hatten sich in dieser Zeit abgespielt, woran sogar der Oberblirsche, Kellermeister und Bundesvorsitzender beteiligt waren, wo man sich regelrecht verprügelte. Direktor Schneider will von all den Vorgängen nichts wissen; fest steht dem gegenüber, daß er es wissen mußte, weil es die Spatzen von den Dächern pfiffen. Nur er will es nicht wissen, weil es sich um Günstlinge handelt. Indessen bei einem gleichen Vorgang, an dem zwei Organisierte beteiligt waren, wußte es sofort der „unparteiische" Direktor Schneider und warf die Leute aufs Straßenpflaster. Dieser Herr handelt nach dem Grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es längst nicht dasselbe.

Aus vorstehendem ersieht man zur Genüge, in welch „unparteiischer" Weise in der Aktienbrauerei verfahren wird zu dem Zwecke, die Organisation der Brauereiarbeiter aus dem Betriebe fernzuhalten. Ein Anspruch auf die immer so sehr herausgekehrte Arbeiterfreundlichkeit kann eine solche Leitung nicht beanspruchen. Den Brauereiarbeitern aber erwächst hieraus die ernste Pflicht, mehr noch als bisher für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen, damit solche unwürdigen Zustände beseitigt werden können. Eingangs der Versammlung hatte Kollege Brülling über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart gesprochen und die Kollegen unter ihrer Zustimmung aufgefordert, die Bauarbeiter in dem ihnen vom Unternehmertum frivol aufgezwungenen Kampfe tatkräftig zu unterstützen.

Köln-Mülheim. Am 5. Mai sprach Kollege Backert, Berlin, in einer öffentlichen Brauereiarbeiterversammlung. Er schilderte die Entwickelung der Gewerkschaften und der Tarifverträge. Das heutige Tarifverhältnis weiche von dem früheren bedeutend ab. Man habe es vielfach nicht mehr mit einem einzelnen Unternehmer zu tun, sondern mit ihrer örtlichen Organisation. Die Unternehmer in Rheinland-Westfalen streben eine noch breitere Basis des Tarifes an, den Bezirkstarif. Deshalb laufen sämtliche Verträge dieses Jahr im September auf einen Tag ab. Dieses Vorgehen müsse den Arbeitern zu denken geben, und wir haben alle Ursache, mißtrauisch zu sein und uns auf alles gefaßt zu machen, denn sicher kommen uns die Unternehmer nicht freiwillig mit Verbesserungen. Wenn wir solche haben wollen, werden wir sie uns erkämpfen müssen; wir werden schließlich auch gegen beabsichtigte Verschlechterungen kämpfen müssen, und dazu heißt es, zu rüsten. Jeder einzelne muß tatkräftig agitieren und organisieren, so daß wir zum Herbst geschlossen dastehen und in der Lage sind, irgendwelchen Schlag der Unternehmer gegen die Organisation abzuwehren. Von der Stärke der Organisation hängt das Wohl und Wehe der Arbeiter ab, was jeder einzelne beherzigen möge.

In der Diskussion wies Gauleiter Frank darauf hin, wie schwer es halte, bei den Unternehmern etwas herauszuholen und dann festzuhalten. Wir können heute überhaupt nicht mehr mit einem Unternehmer oder Direktor verhandeln, sondern nur noch mit den Herren Sekretären, die vom Arbeitgeberverband angestellt sind, und diese Herren, die von einer technischen Arbeit überhaupt kein Verständnis haben, entscheiden über das Wohl und Wehe der Arbeiter. Wie wenig Verständnis diese Herren haben, zeige am besten der Ausdruck, den einer dieser Herren gelegentlich einer Verhandlung gebrauchte: „Was braucht ein simpler Arbeiter Urlaub!" Betreffender Herr aber fährt sechs Wochen nach dem schönen Süden zur Erholung. Auch müsse der Wahrheit einmal die Ehre gegeben werden, daß es in Köln Braumeister gibt, denen der Titel als solcher abgesprochen werden muß, die die Fähigkeiten zur Leitung eines Betriebes bei weitem nicht besitzen, desto besser aber ihre Untergebenen schurigeln können. Einige Brauereien gingen schon dazu über, den Leuten ihren bisherigen Haustrunk zu reduzieren, damit sie im Herbst, wenn die Bierablösung allgemein eingeführt wird, nichts mehr zu vergüten brauchen.

Als zweiter Punkt stand die **Brauerei Altburg** auf der Tagesordnung. Dieser Betrieb, wo der größte Scharfmacher sitzt und der die Hochburg des „Bundes" ist, ist den älteren Kollegen durch den Streit von 1905 noch bekannt. Seit dieser Zeit hat man es dort verstanden, unter Anwendung aller möglichen Mittel die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Kommt man zu den Leuten agitieren, muß man immer hören: „Ja, wir gingen gern in den Verband, aber wenn es die Betriebsleitung erfährt, sind wir entlassen." Den Leuten wurde früher ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, daß sie dem Verbande nicht angehören, auch während der Zeit der Beschäftigung sich demselben nicht anschließen. Als einmal durch den Bundesvermittler Müller jemand eingestellt wurde, der sich später als „Roter" entpuppte, ging es über ihn her. Schimpfworte allergröbster Art mußte sich der Mann gefallen lassen. Auf seine Beschwerden bei der Ortsverwaltung wandte sich der Lokalbeamte schriftlich an den dortigen Braumeister. Nun war erst Oel ins Feuer gegossen; die Helden vom „Bunde" fielen über den Mann her, warfen ihn von einer Ecke in die andere und schließlich zur Türe hinaus, mit dem Bemerken: „Wenn er noch einmal komme, stächen sie ihn tot." Wer nun glaubte, es wäre diesen Rowdies etwas gesagt worden, der irrt sich; der Mißhandelte flog hinaus und die Helden vom Bund wurden vielleicht noch gelobt. In der Malzkampagne 1908/09 stellte es sich heraus, daß unter den neu eingestellten Mälzern wieder einer vom Verbande war, und der sogar noch etwas agitatorisch veranlagt war. Als die Kampagne zu Ende war, mußte man den Störenfried unschädlich machen. Man entließ ihn und zum Schein ein paar „Blaue" mit, um diese nach ein paar Wochen wiedereinzustellen. Redner führte noch andere Fälle an, aus denen hervorging, daß die Brauerei Altburg es nicht gut vertragen kann, wenn ein Arbeiter seine Rechte wahrt. So wurde kürzlich der Vertrauensmann, der die dortige Betriebsleitung auf die famosen Zustände aufmerksam machte, wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen. Diese Entlassung muß die organisierte Arbeiterschaft als eine Maßregelung schlimmster Art ansehen. Mit der Einhaltung des Tarifvertrages nimmt es diese Brauerei auch nicht genau; ein Hilfsarbeiter, der mit dem Eiswagen mitfährt, bekommt 13,20 Mk., während ihm laut Tarif 19 Mk. zukommen. Ueberschichten oder Sonntagsarbeit bezahlt man einfach nicht. Es wurde schon wiederholt versucht, die Differenzen im guten zu regeln, die Verbandsvertreter wurden immer mit schönen Worten abgespeist. Die Arbeiterschaft wird nicht eher ruhen und die Betriebsleitung der Brauerei Altburg solange der öffentlichen Kritik unterziehen, bis sie sich dazu bequemt, ihre scharfmacherischen Praktiken einzustellen und den Arbeitern freies Koalitionsrecht zu gewähren. Material zum Deutlicherwerden ist zur Genüge vorhanden. Nach diesen Ausführungen erklärt Kollege Backert in seinem Schlußwort, daß er als ehemaliger Bezirksleiter in Oberschlesien und Posen geglaubt habe, nur dort seien solche Zustände, aber die heutige Versammlung habe ihn eines anderen belehrt. Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es hier um kein Jota besser ist als wie in Ost- und Westpreußen.

Magdeburg. In unserer Versammlung vom 8. Mai sprach zunächst Kollege G. Riepl kurz über die Aussperrung der Bauarbeiter. Auch die Magdeburger Kollegen werden ihren Mann zu stellen haben in puncto Arbeitersolidarität. Im Kartellbericht wurde ein lebhaftes Bedauern ausgedrückt über die Haltung der Magdeburger Stadtverwaltung, welche den städtischen Arbeitsnachweis in einseitiger Weise mißbraucht, selbst Streikbrecher vermittelt. Die Kollegen Riepl und Richter verwiesen nachdrücklich auf den Bäckerstreik. Auch diesem muß unsere moralische Unterstützung zuteil werden. Die Verhältnisse in der Brauerei Wallbaum erfuhren eine derbe Kritik und soll dieser Brauerei in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden.

Hamm. Am 5. Mai fand unsere gut besuchte Versammlung statt. Nach der Abrechnung für das 1. Quartal war die Einnahme 386 Mk. An die Hauptkasse gesandt 197,25 Mk. Aufnahmen im Quartal 5, Mitgliederbestand 64. Zum Kartellbericht wurde besonders auf die Bauarbeiteraussperrung hingewiesen und beschlossen, 30 Mk. sofort den Bauarbeitern aus der Lokalkasse zu überweisen und für die Dauer der Aussperrung einen Extrabeitrag von 40 Pf. pro Woche und Mitglied zu erheben. Der Vorsitzende betonte, daß es den Unternehmern mit dieser Aussperrung um die Vernichtung der Organisationen der Bauarbeiter zu tun sei. Falls die Arbeiter den Angriff zurückschlagen, sei es für sämtliche Organisationen von Nutzen. Er forderte auch noch auf, sich besser an den Hausagitationen, welche jeden Sonntag stattfinden, zu beteiligen, weil es doch für alle Brauereiarbeiter von großem Nutzen sei, auch den letzten Mann in die Organisation zu bringen.

Metz. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im lothringschen Gebiet werden sehr oft überschätzt und hat sich schon dadurch mancher Kollege schwer geschädigt, der auf Annoncen nach Metz kam, in welchen Brauereiarbeiter nach Metz und Umgegend gesucht wurden mit der Bemerkung: es werde nach „Tarif" bezahlt. Die sogenannten Tarife sind nur in einem Betrieb zu finden und auch dort sind die Verhältnisse, wenn auch schon verbessert, noch keine guten zu nennen.

Die Arbeitszeit im ganzen lothringischen Gebiet, das 9 Brauereien und eine große Anzahl Flaschenbierkellereien mit etwa 600 Arbeitern umfaßt, beträgt noch 10 bis 13 Stunden, die niedrigste Arbeitszeit, eine rühmliche Ausnahme, ist 9½ Stunden. Ueberall ist das Bestreben: lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, an der Tagesordnung. Die Löhne werden meistenteils noch monatlich bezahlt, um sie den Arbeitern hoch erscheinen zu lassen; sie beginnen mit 80 Mk. und steigen bis 110 Mk. in einer der fortschrittlichsten Brauerei. Hiervon gehen noch Invaliden- und Krankengeld in Abzug, so daß bei dem Gehalt von 78 Mk. Schmalhans stets Küchenmeister ist.

An der Spitze marschieren die Lothringer Brauerei und die Amos-Brauerei, welche die vielfach beschäftigten Hilfsarbeiter noch extra schlecht bezahlen. Erstere glaubt ihre patriarchalischen Einrichtungen und Gebräuche, Lohnzahlung und Arbeitszeit auch in das moderne Jahrhundert mit hinübernehmen zu müssen und sorgt ängstlich, daß kein fortschrittlicher Zug das Kapital stört. Sonntagsarbeit ist an der Tagesordnung und wird in den Lohn mit eingerechnet, selbst wenn es bis nachmittags dauert. Nur in einer Hinsicht ist der Fortschritt zu merken, weil die Aktien sich rentabler zeigen: der Fuhrwerksverkehr wird durch Autos ersetzt und modernisiert, nur die Arbeitslöhne und Arbeitszeit nicht.

In der Brauerei Ensel, Ueckingen, herrscht die schöne Sitte, bei flottem Geschäftsgang den Arbeitern Ueberstunden zukommen zu lassen, von denen sie allerdings bei der Lohnzahlung nichts mehr merken. Hat ein Kollege die Kühnheit, zu reklamieren, so ist er im schwarzen Buch und bald ist er aus dem Betrieb. Dazu ist der Gärführer getreulich behilflich. Diese Leute merken nicht, daß auch sie nur Ausbeuteobjekte des Kapitals sind, die, sobald sie demselben nicht mehr die erhofften Dienste leisten, auf die Straße fliegen.

Die rückständigsten Lohnbedingungen weist die Lothringer Brauerei auf, dessen Betrieb ein sogenannter Taubenschlag ist. Abgesehen von einigen Brauern und Bierfahrern ist hier ein ständiger Wechsel. Mit 80 Mk. Lohn fängt der Hilfsarbeiter an und steigt später um 5 Mk. Die Bierfahrer fangen im Winter um 5 Uhr, die ausschlafen um ½6 Uhr an. Ihre Arbeitszeit dauert im Winter bis 6 oder 7 Uhr abends, im Sommer sehr oft unter angestrengter Arbeit bis 8 oder 9 Uhr abends. Ueberstunden werden nicht bezahlt, wohl aber gibts sehr viel Ueberarbeit. Hier ist das Rätsel gelöst, warum oft Kutscher schlafend auf dem Bock angetroffen werden und eine Gefahr für Mann und Fuhrwerk unvermeidlich ist. Hier ist nicht der Mann, sondern das System, das den Kutscher vollständig abrackert, schuld. Die Brauer erhalten 90 Mk. und Wohnung. Weil die Arbeiter bei dem Gehalt keine Ersparnisse machen können, hat die Direktion eine weise Einrichtung getroffen, wonach jedem Arbeiter zu Weihnachten eine nach seiner Dienstzeit zu berechnende Gratifikation, die aber nur ein Teil abgezogenen Arbeitslohnes darstellt, zukommt. Daß denen, die vor Weihnachten das Geschäft verlassen, die Gratifikation nicht nachgesandt wird, wird wohl jedem einleuchten. Ein weiteres überflüssiges Uebel, das jedenfalls nur als Renommee nach außen berechnet ist, bildet die Unterstützungseinrichtung, die die Brauerei anläßlich ihres 10jährigen Jubiläums für Ausbeutung der Arbeiter errichtete und ihr 1888 20 000 Mk. stiftete. Der Zweck dieser Unterstützungskasse ist:

„Würdigen und sich um das Geschäft verdient gemachten Beamten und Arbeitern, die mindestens 5 Jahre ununterbrochen in der Brauerei tätig sind, bei eintretender Arbeitsunfähigkeit oder hohem Alter, Pension sowie denselben bei außerordentlicher momentaner Notlage, ebenso bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit derselben, auch deren Familienmitgliedern Unterstützung zu gewähren, um sie vor wirklicher Not zu schützen."

Dem Arbeiter vorher tausende abzwacken, um ihm nachher Bettelpfennige zu geben, ist die Logik des Kapitals. Zu Unterstützungen kommen jedoch nur die 4 Proz. Zinsen des Kapitals, mit dem die Gesellschaft arbeitet und 18 Proz. Dividende zahlt, zur Verteilung. Die Unterstützung ist nur für Invaliden und vorübergehend in Not geratene Arbeiter. Ueber den Grad der Invalidität entscheidet die Direktion nach Anhörung eines Arztes. Die Pension hört auf, wenn der Invalide sich weigert, ihm übertragene Arbeit anzutreten oder seine pekuniären Verhältnisse sich so gebessert haben, (!) daß er eine Pension nicht mehr bedarf. Ein Arbeiter, der sich fünf Jahre lang für 80 bis 90 Mk. pro Monat geplagt hat, kann ein Zehntel erhalten, wenn die verfügbaren Mittel, ohne das Kapital anzugreifen, ausreichen. Die Vollendung des 40. Dienstjahres berechtigt zur Pension. Das 65. Lebensjahr nebst 40 Dienstjahren zur Vollpension. Wer darauf hofft!?

Ueber die Wohnungs- und Schlafraumverhältnisse in Lothringen etwas zu sagen, erübrigt sich nach diesen Schilderungen, sie würden sich denselben jedoch würdig zeigen. Ueberall: im Lohn- und Arbeitsverhältnis, in der Behandlung, im Ueberstundenunwesen, im Wohnungs- und Schlafanderwesen sieht man Rückständigkeit, die nur dort zu treffen ist, wo entweder der Verband noch keinen oder schwachen Fuß gefaßt hat. Hoffentlich kommen auch hier die Kollegen endlich zur Einsicht, daß Eigenbrödelei oder Speichelleckerei den bezahlten Arbeitern gegenüber ihre mißliche Lage nicht verbessern kann, sondern nur die Einigkeit der Kollegen, einem konzentrierten Kapital gegenüber solche Zustände aus der Welt schaffen kann, und das ist die Organisation.

Mühldorf. Am 8. Mai fand im Gasthaus Lehr eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt. Kollege Hadersbeck aus Ribling sprach eingehend über das Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?", ferner über die Situation der Bauarbeiter sowie über Bierpreiserhöhung und Bierboykott. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Mehrere Kollegen meldeten sich zur Aufnahme in den Verband; auch wurden etliche neue Abonnenten für das „Bayerische Wochenblatt" gewonnen. Beschlossen wurde, von jetzt ab Monatsversammlungen an jedem ersten Sonntag im Monat abzuhalten, und zwar abwechselnd in Mühldorf, Altötting und Burghausen. Zum Schluß forderte Hadersbeck die Kollegen auf, fleißig zu agitieren, damit auch der letzte Brauereiarbeiter in unseren Reihen organisiert ist. Er ermahnte die Anwesenden, den ausgesperrten Bauarbeitern ihre vollste Sympathie entgegenzubringen und sie nach besten Kräften zu unterstützen.

Solingen. Am 6. Mai sprach in öffentlicher Brauereiarbeiterversammlung Kollege Backert-Berlin über den Ablauf sämtlicher Tarifverträge im Bereiche des Boykottschutzverbandes rheinisch-westfälischer Brauereien. Er wies darauf hin, wie gerade die Unternehmer in Rheinland-Westfalen sich am meisten gesträubt hätten, Tarife mit dem Verbande abzuschließen, weshalb ja auch 1905 die Aussperrung erfolgte. Durch eifrige Agitation stehe unser Verband in diesem Gebiete jetzt stärker da als 1905, und jetzt kommt der Boykottschutzverband vom rheinisch-westfälischen Bezirk und will uns einen Bezirkstarif aufdrängen. Das gibt zu denken und verpflichtet die Kollegen, die Unorganisierten aufzuklären und den letzten Mann zur Organisation heranzuholen, damit wir jeden Versuch, uns etwa einen schlechteren Tarif aufzudrängen, zu jeder Zeit zurückschlagen können.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen einen Bezirkstarif aus. Gauleiter Frank bemerkte, er habe dasselbe Empfinden wie auch wir, weil Solingen eine der besten Zahlstellen ist und zugleich auch den besten Tarif mit hat, aber wir müßten nicht glauben, daß die Brauereigewaltigen besser wären als die Baulöwen. Hier im Bezirk sind 27 Brauereien dem Boykottschutzverband noch nicht angeschlossen; an die Fabrikanten wurde die Liste obiger Brauereien geschickt mit dem Ersuchen, unter keinen Umständen neue Fässer an diese zu liefern. Wie würden sich diese Herren aufregen, wenn wir solchen Terrorismus auf andere Art und Weise ausübten. Kollege Gräwer bemerkte, er sei auch kein Freund vom Bezirkstarif, sondern sei für Lokaltarife aus dem Grunde, weil er es satt habe, sich noch länger vom Boykottschutzverband an der Nase herumführen zu lassen. Einmal seien die Herren nicht informiert, ein andermal sind sie mit viel zu viel Arbeit überbürdet usw. Die Kollegen können das aus dem Fall ersehen, daß wir schon seit drei Monaten um Verhandlungen nachgesucht haben. Die Brauerei Gröhl sollte unseren Ortstarif anerkennen. Vorige Woche waren Verhandlungen angesagt, wurden aber auf telegraphischem Wege wieder abbestellt. Die Brauerei Gröhl hat es immer meisterhaft verstanden, uns jahrelang an der Nase herumzuführen. Weiter ermahnte Kollege Gräwer sämtliche Kollegen, bis zum Ablauf unseres jetzigen Tarifs nicht zu ruhen, bis der letzte Mann in unseren Reihen sei, dann können wir getrost der Zukunft entgegensehen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Backert erfolgte Schluß der Versammlung.

Eingesandt.

In Nr. 17 der „Bundeszeitung" sitzt „der Vorstand" des Nürnberger Bundesvereins über mich „zu Gericht", daß ich und noch weitere Kollegen aus dem „Bund" ausgetreten und in den Verband eingetreten sind und wird dabei die von mir am 16. April einberufene Verwaltungssitzung des Bundes und deren Verlauf seinen Anhängern als Köder vorgesetzt. In dem Vergnügen will ich ihn nicht stören. Wenn aber „der Vorstand" dabei sagt, daß Lang, also ich, „jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit auf den Verband und dessen Leiter schimpfte", so verkenne ich die damit verbundene „edle Absicht" nicht; nur hat der beschränkte Verfasser, wenn ich mich nicht in seiner Person irre, vergessen zu sagen, daß ich nur deshalb über den Verband „schimpfte", weil er den Bund als gleichberechtigte Organisation nicht anerkennen wollte. Die Zeit hat aber gezeigt, daß er Recht daran tat. Jedesmal habe ich aber auch betont: traurig wäre es um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse bestellt, würde nicht der Verband als Regulator vorhanden sein.

Weiter wird gesagt, dadurch hätte ich mir die Larve selbst vom Gesicht gerissen, daß ich dem Verbande beigetreten bin. Hierzu ist zu bemerken, daß ich bei allen Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen darauf hinarbeitete, die gelbe Pflanze zu veredeln und das noch sehr schwunghafte Schmarotzertum zu begraben. Sieben Jahre gehörte ich dem „Bunde" an und innerhalb dieser Zeit vier Zahlstellen an den verschiedensten Orten, aber nirgends habe ich eine solche verschlafene, versumpfte Mitgliedschaft getroffen, was ich auch in der Generalversammlung vom 6. März schon erklärte und hinzufügte, daß der Fall in Kürze eintreten kann, daß der Verein auf 30 Mitglieder zusammenschrumpft, wenn sie nicht Anteil nehmen an der zeitgemäßen Fortentwickelung unseres Wirtschaftslebens, was mit Füßetrampeln beantwortet wurde. Wenn die Herren von einer Bierlaune reden, so erlaube ich mir die Frage: Habe ich nicht Anstand und Charakter bewahrt überall da, wo ich mit ihnen verkehrte? Ich erkläre den Verfasser als Verleumder, welcher der Oeffentlichkeit unterbreitet, ich hätte das Vertrauen des Nürnberger Bundesvereins mißbraucht. Daß aber der oder die Verfasser sich in einer übertriebenen Bierlaune befunden haben, als sie das Ruder des sinkenden Kahnes ergriffen, obwohl sie mir wiederholt persönlich erklärten: „Für uns gibt es keinen Ausweg mehr, wir müssen uns dem Verbande anschließen," dürfte wohl jedem klar sein; da braucht man die Köpfe, welche in Größe eines Bienenkorbes erschienen, nicht gesehen haben.

Mir lag das Wohl des Vereins am Herzen, das gestehe ich heute als Verbändler auch noch. Daß es aber den jetzigen Führern nicht darum zu tun ist, die rabenschwarze Finsternis aus dem Verein zu verscheuchen, sondern nur darum, um einmal einen Delegiertenorden zu bekommen, um auch einmal eine andere Stadt als Nürnberg zu sehen, steht zweifellos fest. Auch Mitglieder habe ich überredet, zum Verbande überzutreten! Da brauchte ich mir wahrlich keine Mühe geben, denn ich habe die Mitgliederzahl des Bundesvereins mit aller Mühe nur zu erhalten vermocht. Kollegen allerorts werden vor mir gewarnt. Was mich übrigens sehr kalt läßt. Doch damit setzen die noch weiter im Traume versunkenen Mitglieder des Bundesvereins Nürnberg der Gemeinheit die Krone auf und bezeugen hiermit nur, daß in ihnen die Wurzel der Kollegialität gänzlich abgestorben ist. 25 Mk. wöchentliche Unterstützung ist mir nachweisbar vom Tage meiner Entlassung an zugesichert worden, für eine neue Stellung wurde garantiert und sonstige große Versprechen gemacht, um solch unwürdigen Vorsitzenden, wie sie mich jetzt bezeichnen, dem Verein zu erhalten. Aber auf alles leistete ich Verzicht; nicht einen Pfennig Unterstützung anzunehmen ließ mir mein Charakter zu; wußte ich doch, daß es unmöglich ist, mit Leuten, wie sie der Brauergesellenverein Nürnberg zu seinen Mitgliedern zählt, weiter vereint zu sein. Ich überlasse es den Kollegen allerorts, sich ihr Urteil zu fällen. Ich für meine Person verzeihe den Verfassern des Berichts in der „Bundes-Zeitung" gerne; kenne ich doch den düsteren Schleier, welcher ihren oberen Stock umhüllt, zu genau, und vor manchen dieser Kollegen, deren Begriffsvermögen nebenbei recht wenig entwickelt ist, wäre eine Warnung wohl angebracht. Ich verzeihe ihnen, denn sie üben ja nur Rache wegen meines Uebertritts zum Verbande. Ich empfehle den Nürnberger Bundesmitgliedern, den Artikel in Nr. 20 der „Böttcher-Zeitung": „Der Brauergesellenbund in tiefer Trauer", durchzulesen. Weiteres behalte ich mir vor.

In Nr. 19 der „Bundes-Zeitung" lese ich die ersten Worte des Bezirksvorsitzenden, soweit er überhaupt diesen Namen verdient. Daß dieser Herr Kollege in der systematischen Unterdrückung seiner Mitarbeiter sich bereits die goldene Medaille verdient hätte, weiß ich aus seinem eigenen Munde; ebenso daß er schon vor zwei Jahren den Vorsitz niedergelegt hätte, wenn er nicht zum Delegiertentag hätte fahren dürfen. Dieser große Held hätte es nötig, sich mehr um unser heutiges Wirtschaftsleben zu kümmern wie um meine Persönlichkeit, indem er in der „Bundes-Zeitung" erwähnt: „Lang, zurzeit stellungslos." Guter Mann, Du freust Dich umsonst, denn ich habe auch nicht eine einzige Stunde gefeiert. Würde der traurige Fall, von welchen ich betroffen wurde auf Brauerei Zellner, Dir passiert sein, so würdest Du herumirren wie ein an Tollwut erkrankter Hund. Von Redenschwingen, Uebungen spricht er auch, der Herr Vorsitzende aus Fürth. Dies wäre besonders nötig für ihn, sich etwas mehr Erfahrung und Umgang mit Menschen anzueignen, um nicht bloß dem Namen nach Vorsitzender zu sein, sondern auch die Fähigkeiten eines solchen zu besitzen.

Bei weiteren Anzapfungen werde ich das Verhältnis der beiden genannten Brudervereine sowie das letzte Stiftungsfest, wo man sich eines besonders guten Besuches mir gegenüber rühmte, näher skizzieren. Im übrigen werden noch recht viel Bundesmitglieder in Deutschland, die die Zeit begriffen haben, der richtigen Meinung sein wie ich, daß ihres Bleibens im Bund deutscher Brauergesellen nicht mehr ist. Ihnen ist zu empfehlen, ihre Meinung baldigst in die Tat umzusetzen und sich dem Verbande anzuschließen.

Hans Lang,
früher Bundesvorsitzender des Vereins Nürnberg.

Rundschau.

Es rumpelt im „Bund".

Immer mehr Bundesmitglieder bekommen es satt, noch länger der gelben Fahne zu folgen. Den Siegert hat nun der „Bund" schon einige Jahre als Agitator angestellt, aber es geht gar nicht vorwärts. Jetzt beabsichtigt man, einen zweiten Beamten anzustellen. Auch das wird nichts helfen. Im Gegenteil. Die Ueberzeugung werden immer mehr Bundesmitglieder gewinnen, daß ihnen auch zehn Beamte nichts nützen, weder in der Förderung ihrer Interessen noch in der Vergrößerung des Mitgliederstandes. Siegert prahlt mit Erfolgen, die er bei Lohnbewegungen erzielt. Auch die Bundesmitglieder wissen, daß es eben nur Prahlereien sind, und Siegert bei Lohnbewegungen nur das fünfte Rad am Wagen ist und nur „Erfolge" hat, wenn der Verband sie schafft. Wo Siegert oder der „Bund" allein ist, haben sie noch nichts vermocht. Da sagen sich denn auch immer mehr Bundesmitglieder: wozu Geld hinauswerfen, es hat ja doch keinen Zweck, der Verband vertritt schon unsere Interessen, was der „Bund" nicht kann, folglich treten wir doch lieber dem Verbande bei. Und daß es die Einsichtsvollsten sind, die so sagen und handeln, weiß man im „Bund" recht genau und vermißt die Fahnenflüchtigen schmerzlich.

Die Bundesvereine Altenburg und Apolda sind fast geschlossen dem Verbande beigetreten; in Breslau, Bochum, Köln usw. lichten sich die Reihen des Bundes immer mehr, die Kollegen treten zum Verbande über. Kürzlich ist nun der Bezirksleiter Messerklinger in Frankfurt a. M. mit einer Anzahl Kollegen zum Verband übergetreten, ihm nach folgten der Vorsitzende Lang vom Bundesverein Nürnberg mit mehreren Kollegen. Das gute Beispiel verdient Nachahmung. Der dient der gemeinsamen Sache, der die Einigkeit der Brauereiarbeiter fördert. Der tut es nicht, der Vereinsspielerei im Interesse der Unternehmer treibt. Aus welchem Grunde wird denn der „Bund" so von den Unternehmern in Schutz genommen? Weil sie Nutzen davon haben. Und da, wo der „Bund" allein ist, behandeln sie ihn oder seinen Vertreter nach Gebühr: wie einen nur geduldeten Hausknecht. Davon kann Siegert Zeugnis ablegen. Ist es ihm doch in Karlsruhe nicht besser ergangen, es wurde ihm gesagt, daß er sich lieber ganz ruhig verhalten solle. Dieser einflußlosen Hausknechtsstellung des Bundes werden sich immer mehr seiner Anhänger bewußt. Und sie werden sich auch immer mehr bewußt, daß gewisse Leute ein Interesse daran haben, sie von der gemeinsamen Organisation der Brauereiarbeiter fernzuhalten. Damit gewisse Herren Geschäfte machen können, dazu muß der „Bund", pendelnd wie ein Bund Flicken zwischen „Hirsche" und „Christen", aufrechterhalten werden; aus keinem anderen Grunde. Dem sollten die vernünftigen Bundesmitglieder nun bald energisch ein Ende machen, denn schließlich steht ihnen das gemeinsame und somit auch ihr eigenes Interesse doch näher, als der Profit eines Geschäftsmannes.

Fahrbursche oder landwirtschaftlicher Arbeiter?

Im Brauereiberuf kommt es sehr oft vor, daß auf dem flachen Lande auch unsere Kollegen mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden. Verunglückt nun ein Kollege, so ist immer die Frage zu prüfen, welche Berufsgenossenschaft die Rente zu zahlen hat. Wie vorsichtig man nun sein muß, ergibt sich aus nachstehender Schilderung eines Falles.

Der Kollege K. war jahrelang bei dem Brauereibesitzer Allmenröder zu Wetzlar beschäftigt und wurde beim Anschirren eines Pferdes von diesem schwer verletzt. Der Besitzer meldete den Unfall bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft an, bei welcher er auch versichert ist, da er mehr als 50 Morgen Land besitzt. Da aber die Rente bei der Landwirtschaft oft zwei- bis dreimal niedriger ist als bei gewerblichen Berufsgenossenschaften, so wurde der Verletzte über diese Sachlage aufgeklärt und verlangte er von der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft die Rente. Als sich diese weigerte, mußte das Reichs-Versicherungsamt entscheiden, welche Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente verpflichtet sei.

Nach fast zwei Jahren wurde endlich vom Reichs-Versicherungsamt die Entscheidung gefällt, daß die Beschwerde begründet sei und die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft verpflichtet wäre, den Verletzten zu entschädigen, zumal sich auch inzwischen die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft der Beschwerde des Verletzten angeschlossen hatte. In der wichtigen Entscheidung wird angeführt, daß die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft die Entschädigung des Unfalls nicht weiter führen wolle, weil

„sich der Unfall nicht im landwirtschaftlichen Betriebe des Dienstherrn ereignet habe. Der Verletzte würde auch durchschnittlich an drei Tagen in der Woche zum Bierausfahren im gewerblichen Betriebe beschäftigt."

Die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft machte hingegen geltend, daß der Verletzte beim Putzen eines Pferdes verunglückt sei, „also bei einer rein landwirtschaftlichen Tätigkeit", und daß er nicht wöchentlich drei ganze Tage, sondern nur höchstens an drei Tagen in der Woche im Betriebe der Brauerei tätig sei. Der Brauereibetrieb sei auch in wirtschaftlicher Bedeutung geringer als die Landwirtschaft des Besitzers. Es sei daher auch ganz richtig die „volle Versicherung der Tätigkeit des K. bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft erfolgt".

Nach eingehender Beweisaufnahme erklärte dann das Reichsversicherungsamt, daß der Verletzte unstreitig in beiden Betrieben des Dienstherrn tätig gewesen sei.

„In welchem Umfange dies der Fall war, steht zwar nicht fest, jedoch läßt der Umstand, daß der Verunglückte mit seinem Lohne der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft nachgewiesen worden ist, den Schluß zu, daß die Tätigkeit des K. in der Brauerei von nicht unerheblichem Umfang gewesen ist. Nach ständiger Rechtsübung des Reichsversicherungsamtes ist nun die unfallbringende Verrichtung eines Arbeiters, der in mehreren, verschiedenen Berufsgenossenschaften angehörenden Betrieben desselben Unternehmers tätig ist, demjenigen Betriebe zuzurechnen, dem sie gedient hat, dies war im vorliegenden Falle der Brauereibetrieb. Denn das Putzen bezw. das Anschirren des Pferdes, bei welchem K. verunglückt ist, bildete lediglich die vorbereitende Tätigkeit für die im unmittelbaren Anschlusse an diese Arbeit ausgeführte Bierfuhre. Dazu kommt noch, daß die Gespannhaltung, die aus sieben Pferden besteht, nach den glaubhaften Angaben des Arbeitgebers zu zwei Dritteln in der Brauerei und zu einem Drittel in dem landwirtschaftlichen Betriebe Verwendung findet, also im ganzen genommen hauptsächlich dem gewerblichen Betriebe dient."

Der erkennende Senat habe nach dieser Sachlage angenommen, „daß der Verletzte zur Zeit des Unfalles als im Brauereibetriebe beschäftigt anzusehen ist. Demnach war dem Verletzten gegenüber die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft zur Entschädigungsleistung zu verurteilen".

Welche Bedeutung diese Entscheidung für den armen Verletzten hatte, geht schon daraus hervor, daß er jetzt eine Rente aus einem Jahresarbeitsverdienst von über 1200 Mk. erhält, während der ortsübliche Jahresverdienst für landwirtschaftliche Arbeiter im Kreise Wetzlar nur 650 Mk. beträgt. Somit erhält der Verletzte doppelt höhere Rente, als wenn er sich mit der kargen Rente der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in seiner Unkenntnis begnügt hätte.

Unterstützung für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Soweit uns Mitteilungen zugegangen sind, haben Extrabeiträge für die Bauarbeiter zu erheben beschlossen: die Zahlstellen Erfurt, Kiel und Schwerin 50 Pf. pro Woche und Mitglied, Hamm 40 Pf., Dresden 50 Pf. für die Bauarbeiter und 50 Pf. für die eigene Lohnbewegung, und München bis zu 20 Mk. Wochenlohn 20 Pf., von 20 bis 30 Mk. 50 Pf., über 30 Mk. Wochenlohn 1 Mk.

Bethmanns Wahlrechtswechselbalg ist tot.

Die Wahlrechtsvorlage zum preußischen Abgeordnetenhause, ein Zwitterding von Geburt, die mit Zustimmung ihres Schöpfers v. Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus noch mehrfach verschandelt wurde, hat am Freitag, den 28. Mai, ein unrühmliches Ende gefunden. Glücklicherweise. Herr v. Bethmann Hollweg hat die Vorlage zurückgezogen, als er sah, daß nichts mehr daraus werden kann. Hoffentlich erscheint er bald mit einer neuen Vorlage, der etwas mehr Vernunft innewohnt, und in welcher die Rechte der Arbeiterschaft gebührend berücksichtigt werden.

Eingänge.

Herzliche Grüße, Geschichten von Stef. Großmann. Verlag Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68.

Singe mit. Sammlung politischer und gewerkschaftlicher Kampfeslieder. Verlag R. Lipinski, Leipzig. Preis 20 Pf.

Die Frau und der Sozialismus, von August Bebel. 50. Auflage (Jubiläumsausgabe). Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.

Aus der Tiefe. Arbeiterbriefe, herausgegeben von Ad. Levenstein. Morgen-Verlag G. m. b. H., Berlin W.

Neue Fahrt. Gedichte von Otto Krille. Verlag Joh. Sassenbach, Berlin.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schicklerstr. 6 IV, Berlin O.27. Fernspr.: Amt VII, 275.

Diese Woche ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Berichte über Lohnbewegungen und Differenzen.

Eine Anzahl Lohnbewegungen sind beendet, worüber dem Verbandsvorstand noch nicht vermittels Fragebogen berichtet wurde. Wir bitten die Leiter der Lohnbewegungen, dieses sofort nachholen zu wollen.

Auch über jede erledigte Differenz ist vermittels der hierzu vorgedruckten Berichtsformulare zu berichten. Nur die durch Fragebogen gemeldeten Differenzen können bei der Bearbeitung des Materials zum Jahresbericht Berücksichtigung finden.

Notizkalender für 1910

sind noch einige Exemplare vorhanden. Preis 50 Pf. Jedes Mitglied sollte im Besitze eines Kalenders sein. Bestellungen sind zu richten in den Zahlstellen an die Vorsitzenden, Einzelmitglieder an den Vorstand.

Agitationsbroschüren

über die Leistungen und Erfolge des Verbandes 1909 können die Kollegen und Zahlstellen von der Expedition einfordern.

Eingänge der Hauptkasse

vom 23. bis 29. Mai.

Für Beiträge: Stralsund 1,70. Helmstedt 79,12. Tuttlingen 76,14. Uetersen 85,—. Offenburg —,50. Werder 79,—. Tondern 18,15. Schweidnitz 116,20. Frankfurt a. M. 5,—. Ludwigshafen 100,—. Tuttlingen 25,—. Waldshut 19,06. Neuhaldensleben 100,—. Bielefeld 436,20. Apolda 88,61 Mk.

Für Inserate: Stadthagen 2,10. Amsterdam 2,20. Sonneberg 2,10. Pankow 2,20. Niederschöneweide 2,10. Wiesloch 2,10. Weißenfels 2,—. Düsseldorf 3,10. Langerfeld 3,—. Stettin 4,20. Hamburg 4,20. Heidingsfeld 1,80 Mk.

Für Abonnements: Bern 9,—. St. Gallen 48,— Mk.

Für Notizkalender: Stralsund 2,—. Chemnitz 55,—. Heidelberg 17,50 Mk.

Die Abrechnung für das 1. Quartal haben eingesandt: Stralsund, Schweidnitz, Helmstedt, Tuttlingen, Werder, Tondern, Waldshut und Apolda.

Materialversand.

München 50 000 Marken a 50 Pf. Braunschweig 50 Mitgliedsbücher. Hildesheim 1200 Marken a 50 Pf. Würzburg 5000 Marken a 50 Pf. Schweidnitz 20 Mitgliedsbücher. Tuttlingen 600 Marken a 50 Pf. Stendal 1000 Marken a 50 Pf. Waren 400 Marken a 50 Pf. Lübz 200 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Freiburg i. Schl. Vorsitzender Georg Seewald, Neue Bahnhofstraße, Restaurant zur Eisenbahn. Kassierer K. Ruppelt, Gartenstraße 16.

Hamm. Unterstützung wird vom Kollegen Sterzenbach, Brauerei Isenbeck, von 6 bis 6½ Uhr ausgezahlt.

Kassel. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wird bis auf weiteres pro Woche und Mitglied ein Extrabeitrag von 20 Pf. erhoben. Jedes Mitglied ist verpflichtet, denselben zu entrichten.

Kempten. Kassierer und Unterstützungsauszahler A. Berger wohnt Klimps P. 54 (nicht 57).

Versammlungsanzeigen.

Sonnabend, den 4. Juni:

Freiburg i. Baden: 8 Uhr „Gasthof zum Lamm". **Kaiserslautern:** 8½ Uhr „Restaurant zur Burg", Steinstr. 20. **Minden:** 7 Uhr „Colosseum". **Pirmasens:** 8 Uhr bei Schützle, Dankelsbachstraße 23. **Schwenningen:** 8 Uhr „Gasthaus zum grünen Baum". **Tuttlingen:** 8 Uhr „Gasthaus zum Hirsch". Ref. Holzfurtner. Unorganisierte mitbringen. **Worms:** 8½ Uhr „Gewerkschaftshaus".

Sonntag, den 5. Juni:

Aschaffenburg: 2 Uhr „Gasthaus zum Stift". **Düsseldorf:** 2½ Uhr „Volkshaus", Flingerstraße. **Einbeck:** 2½ Uhr „Gewerkschaftshaus". **Guben:** 3 Uhr bei Kommel. **Hamm:** 10½ Uhr vormittags bei Höhner, Königstr. 34. **Heidenheim:** 2 Uhr „Gasthaus zum Felsen". **Hildesheim:** 3 Uhr „Gewerkschaftshaus". **Lahr:** 2 Uhr „Gasthaus zum großen Schoppen". Alles erscheinen. **Magdeburg:** 2 Uhr bei Popien, Braunehirschstr. 3. Ref. Riepl. **Mosburg u. Umg.:** „Rest. zur Eisenbahn". Neuaufnahmen und Beitragszahlung. **Mülheim a. d. Ruhr:** 4 Uhr bei Hollenberg, Dickswall 10. **Osnabrück:** vormittags 11 Uhr bei Uffmann. Ref. Tense. **Potsdam:** 7½ Uhr bei Pruschinski, Kaiser Wilhelmstr. 38. **Remscheid:** vormittags 11 Uhr im „Volkshaus". **Siegen:** bei Franke, Poststr. 19. **Speyer:** 2 Uhr „Gasth. zum römischen Kaiser". **Triberg:** 2 Uhr „Gasthaus zur Höhle".

Montag, den 6. Juni:

Unna: 8 Uhr bei Götz, Flügelstraße.

Sonntag, den 12. Juni:

Metz: 3 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Mazellanstraße.

So viel Geld
verdient man durch das Werk:
Der praktische Bierbrauer
mit vielen lehrreichen Modellen.
Glänzende Begutachtungen.
Preis eleg. geb. 16 Mk.
Gegen monatliche Teilzahlungen von 2 Mk.
E. H. F. Reisner, Leipzig,
Salomonstr. 10.

Regelmäßig eingehende Nachbestellungen beweisen, daß die Qualität meiner
Brauer-Holzschuhe
aus einem Stück besten Rindleder, mit eingenähten Laschen, Stoßklappen, Eisen und Patentschnallen von keiner Konkurrenz erreicht wird, und wollen Sie sich durch einen Versuch davon überzeugen. Der Preis beträgt Mk. 3,50 pro Paar, bei Abnahme von mindestens 3 Paar franko. Wer gleichzeitig für seine Kollegen mitbestellt, bekommt stets pro Paar 10 Pf. Vergütung.
R. Wehle, Furth i. bayr. Wald.

Danksagung.
Für den Kranz zur Beerdigung meiner lieben Frau spreche ich meinen Dank den Heidingsfelder Kollegen aus.
Paul Lämmermann nebst Sohn.

Unserm Koll. **Heinrich Wolkotter** und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Düsseldorf.

Unserm Kollegen **Georg Wieth** und seiner lieben Frau Eva, geb. Gerold, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Bürgerbrauerei Wiesloch bei Heidelberg.

Brauereiarbeiter
e. j. Ort ges., welche Betrieb hochelegant. konkurenzl. Artikel übern. Hoh. Verd. Ausk. grat. a. jedem. **Herm. Wolf, Zwickau S., Nordstr. 30.**

Wer die Adresse des Brauers **Joh. Frimmer**, früher in der fürstl. Brauerei in Burzach (Württemberg), weiß, wolle es an Ertl, München, Schützenstr. 1a/4, berichten.

Brauer-Holzschuhe.
Nur allerbeste, seit Jahren bewährte Qualitäten. Verlangen Sie meine neueste Preisliste.
Joh. Harders,
Altona a. Elbe, Wolfstr. 28.
Holzschuhlager und Pantoffelfabrik.

Allen meinen werten Verbandskollegen, Genossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich die
Gastwirtschaft Pikave,
Langerfeld (Westf.), Kirschbaumstr. 2
in Pachtung übernommen habe.
Achtungsvoll
Georg Schmoll.

Restaurant z. weißen Wolf
Gr. Lichterfelde-West, Fontanestr. 7.
Mache allen Kollegen und Freunden bekannt, daß ich hier ein Garten-Restaurant übernommen habe. Für vorzügliche Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Um geneigten Zuspruch bittet **Otto Wolf.**
Familien können Kaffee kochen.

Die beste Bezugsquelle für wirklich brauchbare und extra starke **Holzschuhe und Stiefel** — führe zirka 25 Sorten — sowie sämtliche Bedarfsartikel in **Arbeitssachen, Wäsche, Krüge und Koffer.** Viele Anerkennungsschreiben.
Preisliste gratis.
Joh. Dohm,
Kiel, Michelsenstraße 12,
Spezialgeschäft für Brauereiarbeiter.

Inserate werden nur nach vorheriger Bezahlung aufgenommen. **Für Mitglieder** kostet ein einfacher Glückwunsch 2,10 Mk., über 7 Zeilen pro Zeile 30 Pfennig mehr.